

PROMINENTE

Trickserei beim Examen

Der umstrittene Hamburger Klinik-Gründer Ulrich Marseille, Spitzenkandidat der rechten Schill-Partei bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt, hat sich persönlich nicht immer an Recht und Ordnung gehalten. Das belegen jetzt aufgetauchte Prozessakten. Marseille verweist bis heute zwar gern auf sein Jurastudium, verschweigt aber in der Öffentlichkeit das peinliche Ende der Juristen-Karriere: Nachdem er 1983



Annonce im „Hamburger Abendblatt“



ECKHARD SCHULZ / AP

Marseille

an der Uni Bremen wegen einer miserablen Arbeit erstmals durchs Staatsexamen gerasselt war, flog er beim zweiten Mal 1984 bei einem Täuschungsversuch auf. So blieb Marseille, der damals noch seinen Geburtsnamen Hansel trug, ohne Bremer Jura-Abschluss. Das Prüfungsamt ließ ihn danach nicht zu weiteren Prüfungen zu. Dagegen klagte Marseille durch mehrere Instanzen bis zum Bundesverfassungsgericht – letztlich erfolglos. Das Prüfungsamt beschuldigte ihn vor Gericht, er habe „zwei Chiffre-Anzeigen im ‚Hamburger Abendblatt‘“ aufgegeben und einen Anwalt „gegen Honorarversprechen“ beauftragt, die „wissenschaftliche Arbeit für ihn zu erstellen“. Am 10. Dezember 1983 war in dem Blatt eine Chiffre-Anzeige (PG 6582 HA) erschienen: „Jurist gesucht, bei guter Bezahlung für Examensarbeit, zivilrechtliches Thema noch wählbar“. Doch der Anwalt, der sich danach auf die Anzeige meldete, kam in Wahrheit im Geheimauftrag des Hamburger Prüfungsamtes, wo die Annonce aufgefallen war. Marseille entschuldigte sich damit, er habe persönliche, familiäre und gesundheitliche Probleme gehabt und sich deshalb nicht genügend vorbereiten können. In einem anderen Rechtfertigungsversuch erklärte er vor Gericht, der Ghostwriter habe ihm seine Hilfe geradezu „aufgeschwatzt“. SPIEGEL-Fragen zu der verschärften Moglei mochte Marseille bis Redaktionsschluss nicht beantworten.



FRANK OSSENBRINK

Steinmeier, Machnig

SPD

Weiter so, Deutschland?

Mit einem zielstrebig geglätteten Programm will die SPD in den Bundestagswahlkampf gehen. Darauf haben sich Kanzler Gerhard Schröder, Kanzleramtschef Frank-Walter Steinmeier und Generalsekretär Franz Müntefering verständigt. Sie wollen das Programm diese Woche in den SPD-Spitzenorganiem vorstellen. Anfang März hatte SPD-Bundesgeschäftsführer Matthias Machnig einen Entwurf mit durchaus kraftvollen Reformsignalen vorgelegt. Darin schlug Machnig vor, Arbeits- und Sozialhilfe im Lauf der nächsten Legislaturperiode zusammenzulegen, die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld einzuschränken, im Gesundheitswesen den Kassenärztlichen Vereinigungen den Kampf anzusagen und die Rolle der Krankenkas-

sen zu stärken. Nach den Korrekturen blieb nur ein einziger brisanter Punkt übrig: die Zusammenlegung von Arbeits- und Sozialhilfe. Statt mit Strukturreformen will Schröder das Wahlvolk mit finanziellen Versprechungen ködern: Zwei Milliarden Euro als Zuschuss an die Kommunen für die Ganztagsbetreuung von Kindern, teilfinanziert durch eine Einschränkung des Ehegattensplittings, sowie zusätzliches Geld für Bildung und Forschung verspricht der Kanzler. Bis 2010 sollen 300 Ortsumgehungen entstehen und die Autobahnen auf einer Länge von 1100 Kilometern verbreitert werden. Bestätigt wähnt sich die Regierung in ihrer Zurückhaltung durch die Demoskopen: Von einer Krise im Gesundheitswesen könne „keine Rede“ sein, glauben 52 Prozent der Deutschen laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Polis; nur 38 Prozent der Befragten hielten „tief greifende Reformen“ für „erforderlich“. So lautet das Motto der Genossen wie seinerzeit bei Helmut Kohl: Nur den Wähler nicht verschrecken – weiter so, Deutschland.



NORBERT MICHALKE

SPD-Wahlkampfzentrale in Berlin

ISLAMISTEN

Kurier des „Kalifen“?

Einen 22-jährigen Deutschen hat die Iranische Armee festgenommen, der aus dem Irak kam und illegal die Grenze überschreiten wollte. Die Sicherheitsbehörden verdächtigen Ali A., als Kurier für die in Deutschland seit Dezember verbotene Organisation des „Kalifen von Köln“, Metin Kaplan, gearbeitet zu haben. Seit Anfang Januar sitzt der junge Mann aus Waiblingen im Gefängnis in Teheran. Die erste Vermutung, der

Mann gehöre zum Qaida-Netzwerk Osama Bin Ladens, habe sich nach Angaben von Sicherheitsbehörden dagegen nicht bestätigt. Bei seinen Vernehmungen gab Ali A. an, er habe im Irak insgesamt mehr als 10000 Mark an „Spenden für Arme“ verteilt. Bereits im Sommer sei er mit einer Gruppe von Deutschen nach Iran geflogen und von dort in den Irak weitergereist. Inzwischen kümmert sich auch die deutsche Botschaft um Ali A.: Seit Mitte März bemühen sich Diplomaten des Auswärtigen Amtes um eine Klärung des Falls.